

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/190

Bonn, den 7. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Im Dienste der Friedenssicherung</u> Zu Willy Brandts Reise nach Amerika	40
2	<u>Rebellen aus Schleswig-Holstein</u> Die Jungchristdemokraten und die Deutschlandpolitik	38
3 - 4	<u>"Für die Gesundheit von heute und morgen"</u> XI. Bundeskongreß sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker am 5./6. Oktober 1968 in Ludwigshafen Von Peter Humrich	79
5 - 6	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> Staatsrat "verordnete" vier Stunden Sport für DDR-Bürger	63

*

*

*

Im Dienste der Friedenssicherung

Zu Willy Brandts Reise nach Amerika

sp - Die Reise von Bundesaußenminister Willy Brandt nach New York und in die Hauptstädte mehrerer lateinamerikanischer Staaten fällt in eine Zeit, da die Bundesrepublik Deutschland immer deutlicher machen muß, daß ihre Politik auf die Erhaltung des Friedens zielt. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Weltmacht, sie ist nicht Mitglied der UNO, aber doch gilt ihr Wort in der internationalen Politik.

Die Tatsache, daß sich die Situation Westeuropas und damit auch der Bundesrepublik nach dem Einmarsch der Sowjets und eines Teils ihrer Verbündeten in die CSSR verändert hat, verpflichtet zur erhöhten Wachsamkeit. Diesem Thema dürften die Gespräche gelten, die Bundesaußenminister Brandt zunächst in New York, dem Sitz der UNO, führen wird.

In den lateinamerikanischen Staaten, die Brandt besuchen wird, geht es in erster Linie um die Festigung und den weiteren Ausbau alter Freundschaften, die - besonders auf wirtschaftlichem Gebiet - zwischen Deutschland und den wichtigsten Ländern des südamerikanischen Kontinents bestehen. Gerade in jüngster Zeit, auf der vor kurzem beendeten Konferenz der nichtnuklearen Staaten in Genf, haben sich diese Freundschaften erneut bewährt. Fast alle Delegationen der lateinamerikanischen Staaten stimmten für den von der deutschen Delegation eingebrachten Entschließungsentwurf, durch den das Selbstbestimmungsrecht aller Völker erneut bestätigt und der Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik gefordert wurde.

Es gibt wohl kaum einen Staat in Lateinamerika, in dem nicht der Übergang von einer rückständigen feudalen zu einer modernen Gesellschaft gewaltige Probleme aufwirft. Ein weites Feld der Zusammenarbeit zwischen der industriell hochentwickelten Bundesrepublik Deutschland und diesen Staaten ist daher gegeben. Politisch ergibt sich eine Interessenverbindung in dem gemeinsamen Wunsch, das nationale Schicksal selbst bestimmen zu können und durch die Entspannung zur Sicherung des Friedens auch in diesem Teil der Erde beizutragen.

Der Bundesaußenminister ist auch in Lateinamerika kein Unbekannter. Als langjähriger Regierender Bürgermeister von Berlin konnte er in der geteilten Hauptstadt Deutschlands die meisten führenden Persönlichkeiten der lateinamerikanischen Staaten begrüßen und ihnen hier die Probleme unseres Landes erläutern. Schon aus diesem Grunde kann Brandt sicher sein, daß er in Lateinamerika Gesprächspartner finden wird, die sehr wohl wissen, worauf es nicht nur bei ihnen selbst, sondern auch in Europa ankommt.

+ + +

Rebellen aus Schleswig-Holstein

Die Jungchristdemokraten und die Deutschlandpolitik

ee - Der Ludwigshafener Deutschlandtag der Jungen Union wird seinen gewichtigen Platz in der Geschichte dieser Veranstaltungen behalten, denn er war vor allem durch heftigste Auseinandersetzungen über die Deutschlandpolitik gekennzeichnet, Auseinandersetzungen, in denen der Versuch zum Beziehen realistischer Positionen mit einem teilweise doch sehr konservativem Beharrungsvermögen und mit überschäumenden Sentiments geräuschvoll zusammenprallte.

Der die Feder des Establishments verratende Überaus ausgewogene Entschließungsentwurf des Bundesvorstandes, an dessen Spitze immer noch der behäbige Koblenzer CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Klepsch steht, wurde von den Rebellen aus Schleswig-Holstein unerschrocken kritisiert und attackiert, die, die Abstimmungen zeigten es, schließlich nur geringe Unterstützung fanden, obwohl sie zuguterletzt etwas Vorfeld räumten. Das Geschrei "ausschließen!", das einer der Schleswig-Holsteiner mit seinen Vorstößen auslöste, war für die Gesamtstimmung in dem Pfalzbausaal ebenso kennzeichnend wie die ehrlich erschütterte Feststellung eines anderen Delegierten, er hätte es nicht für möglich gehalten, daß solche Vorschläge ausgerechnet auf einem Deutschlandtag der Jungen Union gemacht werden könnten.

Die Rebellen aus Schleswig-Holstein, die das Wiederaufflammen Kalter Kriegstendenzen befürchteten - es war übrigens bemerkenswerterweise ein Berliner, der das Wort anklagend in die Debatte warf - wollten, so sagten sie, aus der Stagnation der Deutschlandsituation ausbrechen. Deshalb hatten sie u.a. gegen den Alleinvertrugsanspruch Front gemacht und sich sehr entschieden für gleichberechtigte Verhandlungen mit der DDR ausgesprochen, der sie ein Staatsgebiet und ein Staatsvolk zubilligten. Darin rannten sie lautkrachend gegen den erbitterten Widerstand der Mehrheit an und blieben mit 25 Stimmen auf der Strecke.

Der so ausgewogene Bundesvorstandes-Entwurf wurde mit geringfügigen Änderungen gebilligt, wobei auch manche Anregung im Orkus verschwand, die ruhig hätte überleben können. Aber Schlusergebnis hin und her: Der Ludwigshafener Deutschlandtag der Jungen Union hatte, in dieser Art und Form erstmals, offene Differenzen und klare Fronten in der Deutschlandpolitik gezeigt. Es wird angebracht sein, diese so angebahnte Entwicklung sorgsam zu beobachten. Sie könnte Überraschungen bringen.

+ + +

"Für die Gesundheit von heute und morgen"

XI. Bundeskongreß sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker
am 5./6. Oktober 1968 in Ludwigshafen

Von Peter Humrich

Während auf dem gleichzeitig in Ludwigshafen stattfindenden Deutschlandtag der Jungen Union schon Wahlkampfstimmung sichtbar wurde, zeichnete sich der XI. Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker dadurch aus, daß auf ihm der Versuch unternommen wurde, die Weichen für eine zukunftssträchtige Gesundheitsvorsorge für alle Bürger der Bundesrepublik zu stellen.

Wichtigstes Ergebnis der von dem wiedergewählten AsA-Vorsitzenden Dr. Hermann K a r l geleiteten Tagung war eine einstimmig verabschiedete EntschlieÙung, in der eine Grundgesetzänderung zugunsten einer erweiterten Bundeszuständigkeit auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik gefordert wurde. Durch sie soll der Bund die Möglichkeit erhalten, in allen Bundesländern für alle Bürger - ob versichert oder nicht - Gesundheitsvorsorgeleistungen zu ermöglichen und sich überdies in die Behebung der seit 20 Jahren von Jahr zu Jahr schärfer gewordenen Krankenhauskrise einzuschalten.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Bundesminister Herbert W e h n e r hatte einleitend den besonderen Rang der Gesundheitspolitik im Gesamtkonzept der SPD betont. Nach Abwendung der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit durch Eintritt der SPD in die Bundesregierung müsse nun die Regierungserklärung vom Dezember 1966 auch in ihren übrigen Punkten erfüllt werden.

Der überwiegende Anteil ärztlichen Handelns habe künftig in der Prävention von Krankheiten zu liegen und zwar im Sinne der Früherkennung von Krankheiten ebenso wie in der Beratung von Möglichkeiten der Erhaltung und Festigung der Gesundheit, erklärte Dr. Hermann Karl in seinem Grundsatzreferat "Für die Gesundheit von heute und morgen" - Leitthema des Bundeskongresses. Die angestrebte Grundgesetzänderung solle dem Gesetzgeber umfassende Maßnahmen zur Abwehr zivilisatorischer Umweltgefahren (Reinhaltung von Wasser, Luft und Boden) und allgemeiner Vorsorgeuntersuchungen geben. Dr. Karl forderte außerdem eine grundlegende Studienreform, die den veränderten soziologischen Bedingungen von Krankheit und Gesundheit Rechnung trage, Methoden von Vorbeugung und Wiederherstellung vermittele und praxisnäher als bisher sei.

In einer Reihe von Anträgen und EntschlieÙungen sprach sich der Bundeskongreß u.a. dafür aus, neue Formen der gemeinschaftlichen

Berufsausübung von Ärzten - unter Wahrung der individuellen Beziehung Arzt-Patient - zu fördern, die Stellung der Assistenten an Hochschulinstituten zu festigen, die Ärzte an Krankenanstalten generell so zu stellen, daß dort nicht nur Chefärzte, sondern auch Ober- und Assistenzärzte Dauerfunktionen ausüben können (um die ständige Fluktuation einzudämmen), in mehr Krankenhäusern als bisher die Voraussetzungen für eine psychiatrisch-neurologische Behandlung zu schaffen und die eigentlichen psychiatrischen Krankenhäuser zu entflechten. Das im Zusammenhang mit der Frühinvalidität wichtige Thema der Rehabilitation soll in einem Sonderausschuß der AsA behandelt werden.

Bundesgesundheitsminister Käte Strobel, begleitet von Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig von Mangler-Koenig, setzte sich dafür ein, der Gesundheitsvorsorge den gleichen Rang einzuräumen wie der Hilfe und Heilung bei Krankheit. Diese Vorsorge könne in ihrer Bedeutung gerade für den arbeitenden Menschen nicht unterschätzt werden, weil nicht zuletzt seine Mobilität zur Sicherung der materiellen Existenz davon abhängt. Die Zurückdrängung der Frühinvalidität sei nicht nur eine wesentliche Entlastung der Rentenversicherung, sondern zugleich eine zusätzliche Chance zur Erhaltung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente.

Käte Strobel kündigte eine neue Bestallungsordnung für Ärzte an, durch die den so wichtigen prophylaktischen Fächern stärkere Beachtung geschenkt werde, nachdem die bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeits- und Sozialmediziner nicht ausreichten.

Als eine der wichtigsten Aufgaben nannte Bundesgesundheitsminister Käte Strobel den Kampf gegen den Krebs. Zur Krebsvorsorgeuntersuchung der 12 Millionen 30 bis 60 Jahre alten Frauen sollen beschleunigt die personellen und methodischen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Ministerin brach eine Lanze für "die Pille", die von allen empfängnisverhütenden Mitteln das nach dem heutigen Stand der Wissenschaft wirkungsvollste sei.

Die für den Schutz und die Erhaltung der Gesundheit notwendigen und medizinisch und technisch heute möglichen Maßnahmen kosteten zweifellos sehr viel Geld. Ebenso richtig sei es aber auch, daß durch mangelnde Gesundheitsvorsorge der Volkswirtschaft großer Schaden entstünde und unterlassene Maßnahmen der Umwelthygiene später mehr finanziellen Aufwand erforderten.

In einer Pressekonferenz sprach sich Käte Strobel gegen die Einführung einer Krankenscheingebühr aus, da letzteren Endes der Volksgesundheit abträglich, und befürwortete in der anstehenden Reform der sozialen Krankenversicherung die Beibehaltung des Prinzips der Solidarität.

Mitteldeutscher Alltag

Staatsrat "verordnet" vier Stunden Sport für DDR-Bürger

E.D.Sch. - Es kam sicherlich nicht von ungefähr, daß wenige Tage vor Beginn der Olympischen Spiele in Mexiko, wo die Sportler aus dem anderen Teil Deutschlands zum erstenmal mit einer eigenen Mannschaft teilnehmen, der Staatsrat der DDR für alle Welt sichtbar seinen Beschluß über "Die Aufgaben der Körperkultur und des Sports bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR" mit Pauken und Trompeten am vorolympischen Himmel verbreitete.

Dieser Meinung war auch der Präsident des DTSS Manfred Ewald, der in Zusammenhang mit der Proklamierung der neuen sozialistischen "Sportordnung" dem Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht einen Rechenschaftsbericht über die Entwicklung des Sports im "ersten Arbeiter- und Bauernstaat" auf deutschem Boden ablegte. So jedenfalls verkündete es das Zentralorgan "Neues Deutschland" in ganzseitigen Aufmachungen im Stil einer Sonderausgabe. Während besonders DTSS Präsident Ewald, der aber aufgrund seiner Erfahrungen im gesamtdeutschen und internationalen Sportbereich wider besseres Wissen sprach, der Bundesrepublik einen politischen Mißbrauch des Sports im Dienste des "Revanchismus und Militarismus" vorwirft, beweist die "Staatsrats-Sportinitiative" einmal mehr, was man im kommunistischen Lager unter Förderung des Sports versteht. Das alleine kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß die allgewaltigen DDR-Machthaber mit ihrer Art der Sportförderung nicht schlecht gefahren sind.

DTSS Präsident Manfred Ewald sagte es dem SED-Chef klar und deutlich: Seit dem Jahre 1948/49 stieg die Mitgliederzahl des DTSS von 200.000 auf fast zwei Millionen im Jahre 1968. Über die Form der Mitgliedschaft in den sogenannten "freiwilligen" Organisationen der totalitären Staaten läßt sich sicherlich streiten. Unbestritten bleibt jedoch der Erfolg, zumindest aus der Schau der Staatsführung, daß ein tiefgreifender Bevölkerungskreis von der staatlichen "Therapie-Sport" erfaßt wird. Die Spartakiaden in der UdSSR oder der DDR geben hierfür das beste Beispiel. Trotz der bekannten polemischen Vermischung

von Sport und Politik läßt der Staatsratsbeschuß an seiner Zielsetzung keinen Zweifel. "Jedermann an jedem Ort - Jede Woche mehrmals Sport" heißt die Devise, die von Walter Ulbricht als Tagesordnungspunkt einer der 11. Sitzung des Staatsrates verkündet wurde. Während "Sportfreund Ulbricht" davon überzeugt ist, daß die Bonner Regierung und die westdeutsche Sportführung im krassen Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Sportler und den internationalen Sportorganisationen steht, bedauert der SED-Chef zugleich, daß, so Ulbricht im "Neuen Deutschland", der Sport in Westdeutschland zur Störung der internationalen Beziehungen der Völker und Staaten, zur Rassenhetze und antikommunistischen Erziehung der Jugend mißbraucht wird.

Soweit Ulbricht, der an der Verwirklichung seiner "Sportanweisung" nicht zweifelt. Neben den obligatorischen Spartakiadebewegungen wird als unterste Grenze sportlicher Betätigung dem DDR-Bürger vier Stunden Sport pro Woche in Schule und Betrieb "verordnet". Der FDGB, die FDJ und die Gesellschaft für Technik und Sport sind in Zusammenarbeit mit dem DTSB und den zuständigen Ministerien verpflichtet, Maßnahmen zur Erfüllung dieser Verordnung zu treffen. Wer in diesem Zusammenhang die Publikationen, Reden und Verhaltensweisen der DDR-Sportgewaltigen sorgsam verfolgt wird festgestellt haben, daß man in diesen Reihen den "Wunschtraum" vom gesamtdeutschen Sport längst zu Grabe getragen hat.

Man mag über das Verhältnis Sport und Staat denken, wie immer man es für richtig hält. Von allen Medaillenhoffnungen in Mexiko abgesehen steht aber der Sport in der Bundesrepublik an der Schwelle einer dringend notwendigen Koordinierung zwischen Bund, Länder und dem Sport selbst. Der immer noch unbefriedigende Zustand in weiten Bereichen des Schulsports sollte bei aller Genugtuung und einer möglicherweise falschen Selbstzufriedenheit über eventuelle Erfolge bundesrepublikanischer Sportler in Mexiko nicht vergessen werden. Die obligatorische "Schulsportstunde" steht bei uns fast uneingeschränkt seit Jahren immer noch als unerfüllte Forderung auf dem Papier.